

Larissa Meier, Priska Daphi, Sebastian Haunss

"Stoppt die Kriege - Abrüstung und Deeskalation jetzt!"

Eine Befragung des Ostermarschs in Bielefeld 2022



ipb

2 2023
ipb working paper
ISSN2747-5700

Autor*innen

ipb working papers | Berlin, April 2023

ISSN (Print) 2699-2019

ISSN (Online) 2747-5700

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Jannis Grimm, Annette Mehlhorn, Henry Rammelt und Dieter Ruch verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>



"Stoppt die Kriege - Abrüstung und Deeskalation jetzt!" Eine Befragung der TeilnehmerInnen am Ostermarsch in Bielefeld von Larissa Meier, Priska Daphi und Sebastian Haunss ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Larissa Meier erstellt. Das Foto ist lizenziert mit einer Creative Commons CC-0 Lizenz und wurde bereitgestellt von <https://unsplash.com/>.

Larissa Meier
Universität Bielefeld
larissa.meier@uni-bielefeld.de

Priska Daphi
Universität Bielefeld
priska.daphi@uni-bielefeld.de

Sebastian Haunss
Universität Bremen
sebastian.haunss@uni-bremen.de

Meier, Larissa/Daphi, Priska/Haunss, Sebastian. 2022. "Stoppt die Kriege - Abrüstung und Deeskalation jetzt!" Eine Befragung der TeilnehmerInnen am Ostermarsch in Bielefeld. *ipb working paper series*, 2/2022. Berlin: ipb.

Zusammenfassung

Seit den 1960er Jahren versammeln sich bundesweit an den Osterfeiertagen Menschen zu regionalen Ostermärschen, um für Abrüstung zu demonstrieren. Der diesjährige Marsch findet aufgrund des Ukrainekriegs unter veränderten Rahmenbedingungen statt: Die Ostermärsche gewinnen einerseits an Aktualität, sehen sich jedoch auch mit der Herausforderung konfrontiert, traditionelle Forderungen nach Abrüstung mit Rufen nach Waffenlieferungen an die Ukraine in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund haben wir die Teilnehmenden des Bielefelder Ostermarsch am 16. April 2022 befragt. Die Analyse zeigt, dass der Ostermarsch stark von älteren Menschen geprägt wird, die zudem über ein sehr hohes Bildungsniveau verfügen. Der Großteil der Teilnehmenden nimmt regelmäßig an Ostermärschen teil und ist in Organisationen, Netzwerken und Vereinen aktiv. Personen, die noch nie an einem Protest teilgenommen haben sind nicht vorhanden, allerdings nehmen ein Fünftel zum ersten Mal an einem Ostermarsch teil. Die Ostermarschierenden ordnen sich politisch deutlich links der Mitte ein und haben ein hohes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen. Sie äußern jedoch häufig ein Gefühl politischer Machtlosigkeit. Der Ukrainekrieg stellt für den Großteil der Befragten nicht die Ursprungsmotivation zur Teilnahme dar, sondern fungiert als Verstärker: Die Ostermarschierenden sehen es aufgrund des Krieges als besonders wichtig an, auf die Bedeutung von Abrüstung und den Stopp von Waffenlieferungen hinzuweisen, da diese Themen in der aktuellen Debatte keine Beachtung finden und durch aktuelle politische Entwicklungen in Frage gestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Die Ostermärsche: Entstehung und Kontext	2
Die Methode der Demonstrationsbefragung	4
Motive und Anliegen der Ostermarschierenden	5
Motive zur Teilnahme	5
Einstellungen zum Ukrainekrieg	7
Wer nimmt am Ostermarsch teil?	9
Politische Einstellungen	10
Mobilisierung und Politisches Engagement	13
Fazit	15
Literatur	17

Vorwort

Während der erste deutsche Ostermarsch 1960 in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand, entwickelte sich die Ostermarschbewegung in den folgenden drei Jahrzehnten zu einem prägenden Teil der Friedensbewegung. In der gesamten Bundesrepublik gingen an den Osterfeiertagen jeweils zehntausende Demonstrant*innen auf die Straße, um sich gegen (nukleare) Aufrüstung und für den Frieden und die zivile Konfliktbearbeitung einzusetzen. Mit dem Ende des Ostwestkonfliktes und den damit einhergehenden Abrüstungserfolgen in den 1990er Jahren, verloren die Ostermärsche jedoch deutlich an Mobilisierungskraft und wandelten sich zu „Erinnerungsorten“ (Nehring 2021).

Mit dem militärischen Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden langjährige Gewissheiten von Sicherheit und Frieden in Europa infrage gestellt. Die Gefahr von Krieg und (nuklearer) Eskalation, die für viele Bewohner*innen der Bundesrepublik der Vergangenheit angehörte, dominierte erneut die öffentliche Debatte. Hunderttausende nahmen an den Friedensdemonstrationen teil, um gegen den russischen Angriff zu protestieren und ihre Solidarität mit den Ukrainer*innen auszudrücken. Vor diesem Hintergrund schien es wahrscheinlich, dass auch die für die Osterfeiertage 2022 anstehenden Ostermärsche der Friedensbewegung erneut an Relevanz gewinnen. Die soziale Bewegungsforschung hat gezeigt, dass moralische Schockerlebnisse die für breite öffentliche Empörung sorgen, oftmals zur Mobilisierung von Protestneulingen führt, also von Menschen, die vorher noch nie protestiert hatten (Jasper und Poulsen 1995). Dies hat sich beispielsweise in den Massenprotesten gegen den Irakkrieg gezeigt, wo eine signifikante Zahl von Erstprotestierenden mobilisiert werden konnte (Rucht 2003). Durch ihre Fokussierung auf die Friedensthematik könnten gerade die Ostermärsche ein Forum für weitere Bevölkerungsteile darstellen, um ihre Empörung über den

russischen Angriffskrieg zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig steht die traditionelle Kernforderung der Ostermarschierenden „Frieden schaffen ohne Waffen“ im Gegensatz zu den in Politik und Öffentlichkeit populären Rufen nach Waffenlieferungen an die Ukraine. Viele Kommentator*innen äußerten sich dann auch skeptisch, ob es den Organisierenden gelingen würde, in diesem Jahr tatsächlich mehr Menschen zu mobilisieren.¹

Sozialwissenschaftler*innen der Universität Bielefeld und des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) haben sich vor diesem Hintergrund entschieden, anhand einer Befragung der Ostermarschteilnehmenden zu untersuchen, inwieweit der Ukrainekrieg sich auf die Zusammensetzung und Anliegen der Demonstrant*innen auswirkt: Konnte die Friedensbewegung von dem durch den Ukrainekrieg generierten Mobilisierungspotential profitieren? Welche Einstellungen und Meinungen vertreten die Protestierenden in Bezug auf den Krieg? Dazu haben wir am 16. April 2022 eine Onlinebefragung der Teilnehmenden am Ostermarsch in Bielefeld durchgeführt. Im Vergleich zu anderen regelmäßig stattfindenden Protestereignissen waren die Ostermärsche von Beginn an regional organisiert und konzentrierten sich darum nicht auf die großen Städte; im Gegenteil, die meisten Ostermärsche finden in mittelgroßen und/oder kleineren Städten statt. Vor diesem Hintergrund stellt der Bielefelder Marsch ein gutes Abbild der westdeutschen Ostermärsche dar.

Der vorliegende Bericht stellt eine Auswertung der Ergebnisse zusammen. Nach einem kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Ostermärsche in Deutschland (1) sowie einer Diskussion der Protestbefragung als Methode (2), diskutieren die folgenden Abschnitte relevante Ergebnisse: die Motive der Teilnehmenden sowie deren Einstellungen zu zentralen Aussagen zum Ukrainekrieg (3), die soziale Zusammensetzung der Demonstrierenden (4), ihre Einschätzungen zur Demokratie und zentralen

¹ Vgl. Propst, Michael „Ostermärsche in Zeiten des Krieges“, Süddeutsche Zeitung. 15. April 2022.

„Stoppt den Rüstungswahn“, Frankfurter Allgemeine Zeitung. 16 April 2022.

politischen Institutionen (5) sowie ihren Mobilisierungsweg und ihr bisheriges politisches Engagement (6). Der letzte Abschnitt stellt eine abschließende Diskussion der relevantesten Erkenntnisse dar (7).²

Die Ostermärsche: Entstehung und Kontext

Der erste deutsche Ostermarsch fand am Ostermontag 1960 in Form eines Sternenzuges in Norddeutschland statt. Demonstrierendengruppen aus Hamburg, Bremen, Braunschweig, Göttingen und Hannover – insgesamt rund 800 bis 1000 Teilnehmende – marschierten nach Bergen um dadurch „gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation in Ost und West“ zu demonstrieren (Nehring 2021: 159). Die Ostermärsche schlossen damit thematisch an die „Kampf dem Atomtod“-Kampagne an, setzten jedoch im Vergleich zu der von SPD und den Gewerkschaften getragenen Kampagne auf Überparteilichkeit und Basismobilisierung. Aus der Forderung, die Bundeswehr nicht mit Nuklearwaffen auszustatten, wurde das allgemeine Prinzip der Gewalt- und Atomwaffenfreiheit in Ost und West entwickelt, welches notfalls auch in Form einseitiger Abrüstung durch die Bundesrepublik umgesetzt werden sollte (Buro 1977: 72).

Ab 1961 fanden die Ostermärsche in der gesamten Bundesrepublik statt und entwickelten insbesondere in den 1960er und dann erneut im Zuge der von der Friedensbewegung getragenen Mobilisierung gegen den Nato-Doppelbeschluss in den 1980er Jahren ein hohes Mobilisierungspotential von zeitweise hunderttausenden Teilnehmenden. Die damit einhergehende Professionalisierung der Bewegung führte zu einer größeren Bandbreite an Themen und Forderungen. Während die atomare Abrüstung weiterhin als zentraler Referenzpunkt fungierte, thematisierten die Ostermarschierenden ein zunehmend breiteres

Spektrum an Friedens- und Umweltthemen, insbesondere im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung und -erhaltung sowie der Friedenspädagogik (Butterwegge 1990).

Polarisierungstendenzen innerhalb der Bewegung (zwischen pazifistischen, traditionalistisch-marxistischen und linkssektiererischen bzw. anti-autoritär-spontaneistischen Kräften), angeheizt durch Kontroversen über die Einschätzung außenpolitischer Ereignisse (wie beispielsweise die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei 1968) führten zu einer zunehmenden Paralyse der Bewegung in den 1970er Jahren (ebd.). Hinzu kam, dass der Ostermarschbewegung nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 ihr zentraler Orientierungsrahmen abhanden kam und die Themen der Bewegung dadurch deutlich an gesellschaftlicher Mobilisierungskraft einbüßten. Die Ostermärsche fanden zwar auch in den Folgejahren regelmäßig statt, die Teilnehmendenzahl war jedoch jeweils eher gering (Nehring 2021).

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gewannen die Ostermärsche mit ihrer Fokussierung auf die Friedensthematik wieder an Aktualität. Sicherheitspolitische Fragen dominierten nicht nur den politischen und öffentlichen Diskurs, sondern gewannen auch im Alltag vieler Bewohner*innen der Bundesrepublik abrupt an Relevanz.³ Vor diesem Hintergrund konnten die Organisierenden der diesjährigen Ostermärsche auf höhere Teilnehmendenzahlen hoffen, sahen sich gleichzeitig aber auch mit der Herausforderung konfrontiert, traditionelle Forderungen der Ostermarschbewegung nach Abrüstung, dem Stopp von Waffenlieferungen und ziviler Konfliktbearbeitung mit aktuellen Entwicklungen rund um den Ukrainekrieg in Einklang zu bringen. Ein Blick in die zahlreichen Aufrufe zu den regionalen

² Wir möchten uns herzlich bei den Interviewer*innen bedanken, die uns bei der Befragung unterstützt haben: Ghurni Bhattacharya, Eike Buckup, Mascha

Hördemann, Moritz Schlenk, Franziska Schmitt, Lauren Schumann und Daniela Wolf.

³ Vgl. ARD Deutschlandtrend März 2022.

Ostermärschen⁴ zeigt entsprechend, dass der Angriffskrieg auf die Ukraine in den meisten Ankündigungen zwar verurteilt wird, die Organisierenden gleichzeitig aber deutliche Kritik an dem von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr üben und sich explizit gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen. Stattdessen drängen sie auf Diplomatie und Verhandlungen, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Dies zeigt exemplarisch der folgende Auszug aus dem Aufruf zum Ostermarsch in Bielefeld. Unter dem Motto „Stoppt den Krieg – Abrüstung und Deeskalation jetzt“ mobilisierte die Bielefelder Friedensinitiative für den Marsch am 16. April 2022:

„Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine und fordern, dass Russland diesen unverzüglich beendet. [...] Das Hauptziel muss es sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Aber es geht jetzt um viel mehr. Es geht darum zu verhindern, dass sich der Krieg in der Ukraine in einen Weltkrieg und möglichen Atomkrieg fortentwickelt! [...] Um Frieden in Europa zu erreichen, müssen die Sicherheitsinteressen aller einschließlich die der Ukraine und Russlands berücksichtigt werden. Krieg wird mit Waffen geführt. Um Frieden zu ermöglichen, müssen Waffenlieferungen gestoppt werden. Denn Waffen führen zu einer Verlängerung des Krieges und damit zur Gefahr weiterer Eskalationen. [...] Das 100 Milliarden-Sofort-Aufrüstungs-programm für die deutsche Bundeswehr lehnen wir entschieden ab. [...] Wir brauchen dieses Geld dringend für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur und für den Kampf gegen die Klimakrise und die Ernährungs- und Hungerkrise. Weltweit hungern über 800 Millionen Menschen.“

Diese und ähnliche Forderungen in anderen Aufrufen führten zu teils heftigen öffentlichen Debatten. So bezeichnete Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den Pazifismus als einen „fernen Traum“ und mahnte an, dass vor dem Hintergrund von Kriegsverbrechen, welche „offenkundig Teil“ der russischen Kriegsführung seien, das „Zuschauen die größere Schuld ist“. Es sei „eindeutig, wer in diesem Krieg Angreifer ist und wer sich in schwerer Not verteidigt und wen wir unterstützen müssen – auch mit Waffen“.⁵ Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff äußerte sich weitaus polemischer und bezeichnete die Ostermarschierenden, denen er eine Relativierung des russischen Angriffs vorwarf, gar als „fünfte Kolonne“ des russischen Präsidenten Wladimir Putin.⁶ Die öffentlichen Auseinandersetzungen manifestierten sich auch in der Organisation von konkurrierenden Ostermärschen in Berlin: Während die Friedenskoordination zum traditionellen Ostermarsch für eine „neue Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok“ mobilisierte, organisierten sich Kritiker*innen zu einem alternativen Ostermarsch, der sich explizit gegen russische Angriffskriege richtete und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betonte.⁷

Die diesjährigen Ostermärsche gewannen durch den Ukrainekrieg also deutlich an Relevanz, sowohl thematisch als auch bezüglich öffentlicher Kontroversen um ihre zentralen Forderungen. Gleichzeitig beruhen die Zuschreibungen und Debatten um die Ostermärsche und das Mobilisierungspotential der Friedensbewegung fast ausschließlich auf Annahmen, während es so gut wie keine wissenschaftlichen Untersuchungen zu jüngeren und jüngsten Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung gibt. Vor diesem Hintergrund erschien es uns zentral, empirische Daten über die Einstellungen und Anliegen der Ostermarschierenden zu sammeln. Dadurch lassen sich empirisch abgesicherte Aussagen treffen, welche

⁴ Für einen Überblick vgl. Aufrufe der Veranstalter*innen „Ostermarsch 2022: Netzwerk Friedenskooperative“.

⁵ Aussage gegenüber der Funke Mediengruppe zitiert in „Pfeifkonzert bei Habeck Auftritt in Bielefeld“, Spiegel Online. 25. April 2022.

⁶ Graff Lambsdorff, Alexander, „Darf man noch auf Ostermärsche gehen?“, Die Zeit. 12. April 2022.

⁷ „Zwei konkurrierende Ostermärsche in Berlin“, Der Tagesspiegel. 16. April 2022.

Ziele die Teilnehmenden verfolgen und inwieweit die Friedensbewegung von dem durch die russische Invasion gesteigerten Mobilisierungspotential profitieren konnte.

Die Methode der Demonstrationsbefragung

Die Demonstrationsbefragung ist ein etabliertes Forschungsinstrument, um die Zusammensetzung, Motivationen und Einstellungen von Teilnehmenden an Protestereignissen zu erforschen. Sie erlaubt es, Momentaufnahmen aktueller gesellschaftlicher Konflikte zu zeichnen. Letztere werden zwar nicht nur auf der Straße ausgetragen, Demonstrationen stellen jedoch ein zentrales Mittel dar, welches von Konfliktakteur*innen und deren Gegner*innnen genutzt wird, um ihre Anliegen öffentlich zum Ausdruck zu bringen und das politische Geschehen zu beeinflussen.

Anders als bei Bevölkerungsumfragen sind die Kennwerte der Grundgesamtheit von Demonstrierenden nicht bekannt und es lässt sich daher keine repräsentative Gruppe anhand dieser Kennwerte auswählen. Um dennoch einen repräsentativen Teil der Ostermarschteilnehmenden auszuwählen und zu befragen, haben wir bei der Befragung des Ostermarsches in Bielefeld zwei Erhebungsmittel kombiniert. Einerseits wurden nach einem Zufallsprinzip Personen ausgewählt, denen ein Handzettel mit dem Link und einem individuellen QR-Code zu einer Onlineumfrage verteilt wurden. Die Beschränkung des Zugangs zur Befragung zielt darauf ab, dass sich nur die Teilnehmenden am Ostermarsch an der Befragung beteiligen, das heißt der Link nicht an Drittpersonen weitergegeben werden kann und die Ergebnisse dadurch verzerrt werden. Jede fünfte teilnehmende Person wurde zusätzlich um die Teilnahme an einer verkürzten Vor-Ort-Befragung gebeten. Die Kombination dieser beiden Mittel erlaubt uns abzuschätzen, inwieweit bestimmte Gruppen der Protestierenden in der Onlineumfrage unter- oder überrepräsentiert sind.

Das Ziel des Zufallsprinzips zur Auswahl (van Stekelenburg et al. 2012) der Ostermarschteilnehmenden besteht darin, die Umfrageteilnehmenden in einer Weise auszuwählen, welche

jeder teilnehmenden Person an dem Marsch dieselbe Chance gibt an der Umfrage teilzunehmen. Um dies zu erreichen, wurden zwei Techniken kombiniert: 1) Die Auswahl und die Ansprache der zu Befragenden wurden von unterschiedlichen Personen durchgeführt („Pointer*in“ und Interviewer*in); dadurch können Verzerrungen bei der Auswahl aufgrund von Sympathie bzw. Antipathie minimiert werden; 2) Die systematische Erfassung von Teilnehmenden unabhängig von ihrer räumlichen Verteilung wurde durch spezifische Aufteilungs- und Zählsysteme erreicht. Die Orte der Auftakt- und der Abschlusskundgebung, der Bahnhofs- sowie der Rathausplatz, wurden in Sektoren aufgeteilt, die von den Befragungs-Teams systematisch erschlossen wurden. Den Demonstrationszug haben wir in Abschnitte eingeteilt und wiederum mittels einer systematischen Zähltechnik einheitlich „abgedeckt“. Durch diese Kombination konnte erreicht werden, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Einladung zur Teilnahme an der Befragung über alle Teilnehmenden möglichst gleich verteilt war.

Insgesamt wurden 173 Handzettel verteilt und 29 Kurzinterviews geführt. 84 Personen füllten den Online-Fragebogen aus. Daraus ergibt sich eine Rücklaufquote von 48,6 Prozent – ein für Online-Befragungen guter Wert. Die Gesamtzahl der verteilten Fragebögen ist jedoch deutlich geringer als bei früheren Protestbefragungen. Dies liegt einerseits an der überschaubaren Teilnehmendenzahl von ca. 700 bis 800 Personen, andererseits an der kleineren Anzahl von Befragter*innen. Dennoch wurden mit 84 Fragebögen etwa ein Achtel der Teilnehmenden des Bielefelder Ostermarsches erfasst – diese Zahl liegt über den Werten vieler früherer Befragungen.

Die im Online-Fragebogen enthaltenen Fragebatterien orientieren sich an vorherigen, vom ipb durchgeführten Demonstrationsbefragungen, um die Vergleichbarkeit der Daten der Ostermarschumfrage mit den Antworten aus früheren Demonstrationsbefragungen zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden einzelne Fragen themenspezifisch für die Ostermarschumfrage angelegt, um dadurch die Einstellungen der Teilnehmenden zum aktuellen Krieg in der Ukraine und zu den Reaktionen der deutschen Regierung auf den Angriffskrieg zu erfassen. Die Fragen, die in die Untersuchung eingeflossen sind, zielen auf die

soziale Zusammensetzung der Ostermarschierenden, auf ihre Motivation und Einschätzungen zum Ukrainekrieg, ihr politisches Engagement und ihre Einstellungen zur Demokratie und deren Institutionen sowie ihre Mobilisierungswege, d.h. die Prozesse, die zu ihrer Teilnahme geführt haben.

Motive und Anliegen der Ostermarschierenden

Welche Gründe die Befragten dazu motiviert haben, an dem Ostermarsch teilzunehmen und welche politischen Ansichten sie in Bezug auf den Ukrainekrieg und die Reaktion der deutschen Regierung darauf vertreten, haben wir in einem ersten Fragekomplex untersucht.

Motive zur Teilnahme

In Bezug auf die Motivation der Teilnehmenden fällt zunächst auf, dass eine Mehrheit der Befragten die Frage, ob der Krieg in der Ukraine sie motiviert hat an dem Ostermarsch teilzunehmen, mit ja (54,8%) und über 95 Prozent mit ja oder teilweise (41,1%) beantwortet haben. Es zeigt sich also, dass der aktuelle Krieg in der Ukraine eine motivierende Wirkung auf die Befragten hatte, ihre Meinung zu dem Krieg sowie die Reaktionen darauf öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dies bestätigt auch eine Analyse der Themen, welche die Ostermarschierenden in ihren Antworten auf die offene Frage nach ihrer Motivation an dem Ostermarsch teilzunehmen genannt haben. Wiederkehrende Deutungsmuster wurden mittels qualitativer Textanalyse identifiziert und zu übergeordneten Themen verdichtet. Wie die Darstellung der meistgenannten Themen (siehe Tabelle 1) zeigt, sagen 13 Prozent der Befragten explizit, dass sie durch ihre Teilnahme am Ostermarsch Solidarität mit der Ukraine zeigen und/oder ihre Verurteilung des russischen Angriffskrieges zum Ausdruck bringen wollen. Dieser doch eher niedrige Prozentsatz bedeutet nicht, dass der aktuelle Krieg in der Ukraine in den Antworten der übrigen Teilnehmenden keine Rolle spielen würde. Auffällig ist jedoch, dass die meisten der Befragten ihre Einschätzungen zum Ukrainekrieg mit allgemeineren Überzeugungen und Forderungen zum Themenkomplex Krieg und Frieden verknüpften und sich selten „nur“ auf

den aktuellen Krieg in der Ukraine bezogen. Dies zeigt sich besonders deutlich anhand des meistgenannten Themenfeldes, welches sich am besten durch die Kategorie „Abrüstung/gegen Aufrüstung“ zusammenfassen lässt. Ein großer Teil der Befragten gibt an, sich mit ihrer Teilnahme für Abrüstung und gegen die aktuellen Aufrüstungsdynamiken einsetzen zu wollen (42%). Die in der Friedensbewegung traditionell tief verwurzelte Überzeugung, dass nur eine weltweite Abrüstung den Frieden langfristig garantieren und erhalten kann, wird dabei mit der von vielen Teilnehmenden artikulierten Gefahr einer durch den aktuellen Krieg (weiter) zunehmenden Aufrüstungsbewegung verknüpft. Charakteristisch für diese Position sind die beiden folgenden Zitate:

“Um deutlich zu machen, dass ich trotz des Überfalls Russlands auf die Ukraine gegen Aufrüstung bin.“

*“Aus Protest gegen den Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine und für einen sofortigen Waffenstillstand. Um meine Überzeugung kundzutun, dass mit Waffenlieferungen in dieses (wie auch andere) Kriegsgebiete oder gar direkte militärische Interventionen kein Frieden erreicht wird [...]. Motiviert zur Teilnahme hat mich auch die für mich erschreckende Einseitigkeit mit der sich Politiker*innen fast aller Parteien für militärische Schritte/„Lösungen“ einsetzen. Dazu gehört auch die Entscheidung für das 100 Mrd. Euro-Aus- und Aufrüstungspaket ohne dass es eine parlamentarische/gesellschaftliche Debatte darum gegeben hat.“*

Verbunden mit der Forderung nach Abrüstung wird – wie das eben angeführte Zitat zeigt – auch das von der Bundesregierung angekündigte 100 Milliardenprogramm für die Bundeswehr von einigen Teilnehmenden scharf kritisiert. Die folgende Aussage bringt die geäußerte Kritik besonders gut auf den Punkt:

“Die Aufrüstung ist politisch falsch. 100 Mrd. EURO zzgl. 2% des BIP sorgt dafür, dass die BRD den 3. größten Militäretat der Welt bekommt. Eine Aufrüstungs-

spirale ist die Folge, die die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer macht.“

Zudem kritisieren rund 13 Prozent der Befragten die (angekündigten) Waffenlieferungen der Bundesregierung und weiterer westlicher Staaten an die Ukraine. Gemäß dem Slogan der diesjährigen Ostermärsche „Frieden schaffen ohne Waffen“ bringen einige der Befragten ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass Waffen niemals helfen Frieden zu schaffen, sondern die Gewalt- und Aufrüstungsspirale nur weiter anheizen.

“Ich beteilige mich seit Jahrzehnten an den Ostermärschen, in diesem Jahr protestiere ich insbesondere gegen den russischen Überfall auf die Ukraine, aber ich lehne auch das Konzept ab, den Krieg durch die Lieferung auch schwerer Waffen zu beenden. Waffen führen seit jeher zu Zerstörung, zu Leiden, Verwundung und Tod. Sie schaffen keinen Frieden. Ich respektiere das Recht der Ukraine, sich gegen den russischen Angriff zu verteidigen, denke aber, ziviler Ungehorsam, passiver Widerstand gegen die Gewalt führen langfristig eher zum Frieden.“

Neben der Kategorie Abrüstung, beziehen sich die am zweithäufigsten genannten Themen auf die pazifistische Grundhaltung der Befragten und/oder auf deren Zugehörigkeit zur Friedensbewegung. So geben mehr als ein Drittel (34%) an, dass sie aufgrund ihrer pazifistischen Überzeugungen und/oder ihrem (oft langjährigen) friedenspolitischem Aktivismus regelmäßig an den Ostermärschen teilnehmen. Das folgende Zitat ist in dieser Hinsicht besonders aussagekräftig:

“Ich bin organisierter Pazifist in der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Der Ostermarsch ist ein wichtiger Teil von meinem Leben. Unabhängig vom aktuellen Krieg in der Ukraine.“

Dass es sich bei einem Großteil der Befragten um Mitglieder der Friedensbewegung handelt, welche sich seit Jahren an den Ostermärschen beteiligen, zeigt sich auch darin, dass 74 Prozent der Befragten angeben, bereits zuvor mehrmals an Ostermärschen teilgenommen zu haben (Vgl.

Kapitel 6). Zudem nennen einige schlicht „Gewohnheit“ oder „Tradition“ als Begründung für ihre Teilnahme. Demgegenüber lassen sich wenige Aussagen identifizieren, welche dafür sprechen würden, dass sich die Befragten in Reaktion auf den Ukrainekrieg entschlossen haben, an dem Ostermarsch teilzunehmen. Die meisten Antworten weisen, wie bereits angesprochen, allerdings eher darauf hin, dass die Befragten sich durch den aktuellen Krieg zusätzlich motiviert sahen, ihre bestehenden Ansichten zu den Themen Krieg, Frieden und Rüstung zum Ausdruck zu bringen.

Neben der Abrüstungsthematik zeigt sich die Relevanz traditioneller Themen der Friedensbewegung auch in den durch die Kategorien „gegen Krieg“ und „Frieden“ zusammengefassten Aussagen und Überzeugungen. Etwas weniger als ein Drittel der Befragten gibt an, sich durch ihre Teilnahme am Ostermarsch gegen Kriege als Mittel der Politik (16%) und für den Erhalt von Frieden (13%) stark machen zu wollen. Diese Ansicht wird oft in eher allgemein gehaltenen Formulierungen wie „weil ich generell für den Frieden bin“ oder „weil ich gegen den Krieg bin“ geäußert. Gleichzeitig verweisen auch die Aussagen zu Krieg und Frieden oft auf die langjährige pazifistische Grundhaltung der Teilnehmenden. Dies zeigt sich deutlich im folgenden Zitat:

“Weil ich in meinem langen Leben schon immer gegen Kriege und Aufrüstung war, und ich das gerade jetzt für sehr wichtig halte. Kriege sind nie eine Lösung für Konflikte.“

Neben den bereits angesprochenen Themenkomplexen nennen die Befragten die Angst vor einem drohenden Atomkrieg (9%), die Gefahr einer weiteren Eskalation des Ukrainekriegs (6%) und/oder eine generelle Militarisierung (6%) als Motive für ihre Teilnahme am Ostermarsch. Hier zeigt sich erneut, dass der aktuelle Krieg in der Ukraine durchaus eine zentrale Rolle in der Wahrnehmung der Befragten spielt, wenn er auch selten als primärer Mobilisierungsfaktor genannt wird. Als weitere motivierende, jedoch weniger häufig angesprochene Themen, wurden die Nato (3%), der Zusammenhang von Krieg und Umwelt (3%) sowie Religion (2%) genannt.

Tabelle 1 Motive zur Teilnahme

Anliegen	Anteil in %
Abrüstung/gegen Aufrüstung	42
pazifistische Grundhaltung/ Teil der Friedensbewegung	34
gegen Krieg	16
Frieden	13
Solidarität Ukraine/Verurteilung Angriffskrieg Russlands	13
gegen Waffenlieferungen	13
öffentlich Stellung beziehen	11
Gefahr Atomkrieg	9
gewaltfreie Konfliktlösung/Diplomatie	8
Gefahr Eskalation/dritter Weltkrieg	6
Militarisierung	6
Kritik NATO	3
Krieg/Umwelt	3
Religion	2

Einstellungen zum Ukrainekrieg

Da der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 vor den diesjährigen Ostermärschen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stand und zudem thematisch eng mit den traditionellen Anliegen der Ostermarschierenden verknüpft ist, haben wir die Teilnehmenden nach ihren Einschätzungen zu Aussagen rund um den Ukrainekrieg befragt. Dabei ging es uns, wie bereits in der Einleitung angesprochen, auch darum, herauszuarbeiten, inwieweit die Ansichten der Ostermarschierenden die öffentliche Meinung, wie sie in Bevölkerungsumfragen und dominanten Mediendiskursen zum Ausdruck kommt, widerspiegeln oder davon abweichen. Diese Frage lässt sich hier zwar nicht abschließend beantworten, da keine repräsentativen Umfragen zu allen Themen existieren, die wir in unserer Ostermarschumfrage abgefragt haben. Anhand von Vergleichen einzelner Antworten mit Ergebnissen

aus anderen aktuellen Umfragen zum Ukrainekrieg können wir uns der Frage jedoch annähern und einige zentrale Unterschiede herausarbeiten.

Die Analyse der Einschätzungen zu Aussagen über den Ukrainekrieg zeigt erst einmal, dass eine große Mehrheit der Ostermarscheteilnehmenden der Aussage „Russlands Krieg in der Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa“ zustimmt (73,7%), während etwas mehr als ein Viertel (26,2%) die Aussage nur teilweise (18,4%) oder aber nicht (7,8%) unterstützen würde. Ein Grund für die partielle Zustimmung eines doch nicht geringen Teils der Ostermarscheteilnehmenden könnte darin liegen, dass mehr als die Hälfte der Befragten (51,1%) den Diskussionen um einen NATO-Beitritt der Ukraine eine Mitverantwortung am Krieg zuschreiben. Nimmt man den Anteil derjenigen hinzu, welcher der Aussage teilweise zustimmen, sind es gar 69,9 Prozent, also mehr als zwei Drittel. Ein Vergleich mit einer vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) durchgeführten repräsentativen Umfrage zu den Reaktionen auf den Ukrainekrieg zeigt, dass mehr als 90% der Befragten die Verantwortung für den Krieg bei der russischen Regierung sehen, während nur etwas mehr als ein Fünftel der NATO eine Mitverantwortung zuschreiben.⁸

Der Einrichtung einer NATO-Flugverbotszone über der Ukraine wird von einer überwiegenden Mehrheit (86,7%) der Ostermarschierenden abgelehnt. In Bezug auf die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zeigt unsere Analyse, dass eine knappe Mehrheit der Ostermarschierenden (52%) die Sanktionen als richtig betrachtet sowie weitere 27,3 Prozent als teilweise gerechtfertigt sehen. Dieser Wert liegt leicht über den in einer repräsentativen Befragung des ipsos-Instituts ermittelten Zustimmungswerte in der Gesamtbevölkerung von 46 Prozent.⁹ Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Zustimmungswerten zu einem sofortigen Stopp der Öl- und Gaslieferungen an

⁸ Sabrina Jasmin et al. 2022. Reaktionen auf den Ukraine-Krieg. Eine Schnellbefragung des DeZIM.panels. DeZIM.insightsWorking Papers #01, Berlin, 14. März 2022.

⁹ Ipsos Online-Befragung zwischen dem 1. und 17. April 2022.

Russland, wobei hier die Zustimmung in der Gesamtbevölkerung etwas höher ausfällt: Während 41,3 Prozent der Ostermarschierenden einem sofortigen Stopp zustimmen, liegt der Wert in der Gesamtbevölkerung gemäß einer Umfrage des Politbarometers von Anfang April bei 50

Prozent.¹⁰ Deutliche Unterschiede lassen sich jedoch in Bezug auf die Einschätzung des 100 Milliarden Rüstungspakets für die Bundeswehr feststellen. Letzteres wird von den Teilnehmenden am Ostermarsch sehr deutlich abgelehnt (89,6 %). Demgegenüber befürwortet eine Mehrheit der

Tabelle 2: Zustimmung zu Aussagen rund um den Ukrainekrieg (in Prozent)

	stimme voll und ganz zu	stimme zu	teilweise; sowohl als auch	stimme nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Russlands Krieg in der Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa.	40,8	32,9	18,4	3,9	3,9
Die Diskussionen um die Nato-Beitrittsperspektive der Ukraine haben zur Eskalation des Konflikts beigetragen.	26	35,1	26	11,7	1,3
Die Nato sollte eine Flugverbotszone über der Ukraine einrichten.	2,6	6,5	14,3	31,2	45,5
Die Ukraine sollte die Waffen niederlegen, um weiteres menschliches Leid zu verhindern.	14,7	30,7	25,3	21,3	8
Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind richtig.	19,5	32,5	27,3	14,3	6,5
Öl- und Gaslieferungen aus Russland sollten sofort gestoppt werden.	20	21,3	21,3	26,7	10,7
Der Krieg in der Ukraine kann nur mit diplomatischen Mitteln gelöst werden.	52	29,3	10,7	5,3	2,7
Das 100 Milliarden Programm für die Bundeswehr trägt zur Militarisierung der deutschen Politik bei.	61,8	27,6	3,9	5,3	1,3
Die europäische Sicherheitsordnung muss auch in Zukunft kooperativ, in Zusammenarbeit mit Russland, gestaltet werden.	41,6	44,2	10,4	2,6	1,3
Deutschland sollte seine Werte wie Demokratie und Freiheit notfalls auch militärisch verteidigen.	2,7	10,8	21,6	35,1	29,7

Deutschen (65%) die Aufnahme eines Kredits von 100 Milliarden für die Bundeswehr, wie eine Umfrage des ARD-Deutschlandtrend kurz nach dem russischen Angriff zeigt.¹¹ Dieser Befund spiegelt die bereits diskutierte Bedeutung der Rüstungsthematik für einen Großteil der Ostermarschierenden wider, und die damit einhergehende Ablehnung des 100 Milliarden Programms für die Bundeswehr. Auch in Bezug auf die Notwendigkeit von Kooperation, Diplomatie und Verhandlungen zur Friedenssicherung bestätigt sich die bereits angesprochene Haltung, dass Frieden niemals mittels Waffen, sondern nur über Verhandlungen erreicht werden kann. So sind mehr als drei Viertel der Befragten der Meinung, dass der Ukrainekrieg nur mit diplomatischen Mitteln gestoppt werden kann und 85,8 % stimmen der Aussage zu, dass die europäische Sicherheitsordnung auch in Zukunft mit Russland gestaltet werden muss. Demgegenüber lehnt die Mehrzahl der Ostermarschierenden es ab (64,8%), dass Deutschland seine Werte notfalls auch militärisch verteidigen sollte. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass ein signifikanter Anteil der Befragten (45,4%) der Aussage zustimmt, dass die Ukrainer*innen ihre Waffen niederlegen sollten um weiteres menschliches Leid zu verhindern.

Zusammenfassend zeigt sich, dass der Ukrainekrieg für die Ostermarschierenden nicht die Grundmotivation für die Teilnahme darstellt, sondern als eine Art Verstärker funktioniert. Viele der Befragten erachteten es als besonders wichtig in diesem Jahr mitzumarschieren, um dadurch auf die Bedeutung von Kernthemen und -thesen der Friedensbewegung hinzuweisen, welche in Politik und Gesellschaft zu wenig Beachtung finden und/oder in Frage gestellt werden. Zudem wird deutlich, dass die Ostermarschierenden insbesondere in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine und das Sondervermögen für die Bundeswehr Positionen vertreten, welche sich deutlich von der Mehrheitsmeinung in der Bundesrepublik unterscheiden.

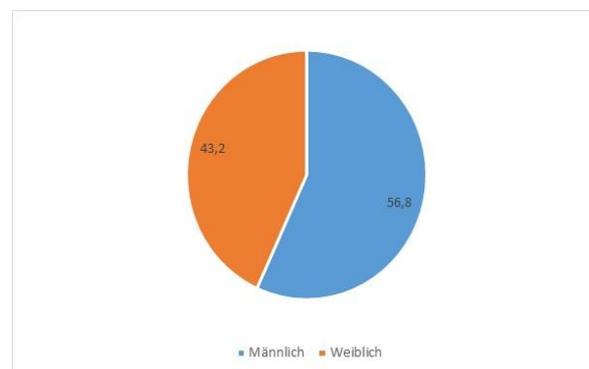
¹¹ ARD Online-Befragung zwischen dem 28. Februar bis 02. März 2022.

Wer nimmt am Ostermarsch teil?

Was die Verteilung der Geschlechter betrifft, so galt Protest lange als eine Männerdomäne. Dies änderte sich jedoch im Zuge der 68er-Bewegung und der zunehmenden Politisierung von Frauen sowie des damit einhergehenden emanzipatorischen Wertewandels. Heute finden wir kaum mehr Unterschiede in der Beteiligung von Frauen und Männern an Protest (Stolle and Hooghe 2011). Abweichungen lassen sich einzig in Bezug auf spezifische Protestthemen ausmachen, wie insbesondere rechtsradikale und nationale Proteste, welche stark von Männern dominiert werden (Sommer, Steinhilper und Zajak 2021).

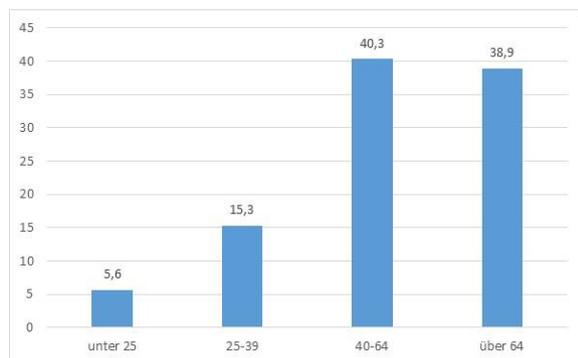
Demgegenüber weisen unsere vorherigen Demonstrationbefragungen auf eine mehr oder weniger paritätische Verteilung der Geschlechter hin (Daphi et al. 2021). An der Demonstration gegen den Irakkrieg 2003 beispielsweise, welcher dem Bielefelder Ostermarsch thematisch am Nächsten kommt, war das Geschlechterverhältnis mit 47,3 Prozent Männer und 52,7 Prozent Frauen nahezu ausgeglichen (Rucht 2003). Ein ähnliches Bild zeigt auch die Befragung der Ostermarschteilnehmenden: Frauen sind mit 43,2 Prozent unter den Befragten zwar etwas weniger häufig vertreten, dennoch kann die Geschlechterverteilung als ausgeglichen bezeichnet werden (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Geschlechterverteilung (in Prozent)



Mit Blick auf die Altersstruktur (Abbildung 2) zeigen unsere Daten, dass der Bielefelder Ostermarsch im Vergleich zu anderen Demonstrationen deutlich von älteren Demonstrierenden getragen wird. Mehr als drei Viertel der Befragten waren älter als 40 Jahre. Zudem ist der Anteil der über 64-Jährigen mit 38,9 Prozent außergewöhnlich hoch. Einzig bei den Hartz VI Protesten und den Stuttgart 21 Demonstrationen war der Anteil der über 40-Jährigen mit 74 Prozent und 77 Prozent vergleichbar hoch. Bei den übrigen Demonstrationen fiel der Anteil der jüngeren DemonstrantInnen deutlich größer aus. So waren bei der Demonstration gegen den Irakkrieg mehr als die Hälfte der Teilnehmenden jünger als 40 Jahre (51%) (Rucht 2003); bei den Ostermarschierenden macht die Alterskohorte der unter 40-Jährigen demgegenüber nur knapp über 20 % aus. Dies ist insbesondere auch deswegen außergewöhnlich, da junge Menschen in Online-Befragungen tendenziell eher überrepräsentiert sind.

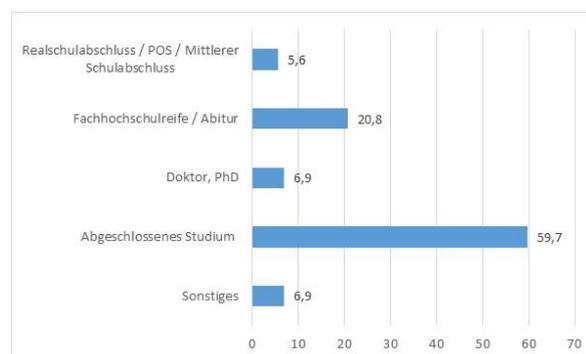
Abbildung 2: Altersverteilung (in Prozent)



Dass die Ostermarschierenden über einen vergleichsweise hohen Bildungsstatus verfügen überrascht zunächst nicht (siehe Abbildung 3), haben doch zahlreiche Studien gezeigt, dass Protestbewegungen überwiegend von einer gebildeten, politisch aktiven Mittelschicht getragen werden (Aelst and Walgrave 2001). Dennoch ist der Anteil der Befragten, welche über einen Universitätsabschluss verfügen, mit 59,7 Prozent, auch im Vergleich zu früheren Demonstrationsbefragun-

gen sehr hoch. In der Gesamtbevölkerung verfügt gemäß einer Studie des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2018 weniger als ein Fünftel (18,5%) der Gesamtdeutschen Bevölkerung einen Universitätsabschluss.¹²

Abbildung 3: Bildungsabschlüsse (in Prozent)



Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Teilnehmenden am Bielefelder Ostermarsch in Bezug auf die Geschlechterverteilung dem generellen soziodemographischen Profil von anderen Protesten in der Bundesrepublik entsprechen. Unterschiede zeigen sich jedoch hinsichtlich der Altersstruktur, da der Anteil älterer Teilnehmender, insbesondere der über 64-Jährigen, beim Ostermarsch deutlich größer ist als bei anderen untersuchten Protestereignissen. Auch das Bildungsniveau fällt unter den Ostermarschierenden außergewöhnlich hoch aus.

Politische Einstellungen

Um etwas über die politische Verortung der Ostermarschierenden zu erfahren, haben wir die Befragten zunächst darum gebeten, sich auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) im politischen Spektrum einzuordnen. Mit rund 81 Prozent schätzt sich der Großteil der Befragten als links (25,7 %) oder eher links (55,4%) ein, während sich 9,5 Prozent in der Mitte positionieren und weitere 9,5 Prozent die Kategorisierung als wenig aussagekräftig ablehnen. Die Verortung

¹² https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand/_inhalt.html.

links der Mitte durch eine übergroße Mehrheit der Befragten entspricht früheren Protestbefragungen, wo sich ebenfalls mehr als 80 Prozent links positionieren (Daphi et al 2021). Dieses sehr deutliche Bild wird auch durch das Wahlverhalten der Befragten bestätigt (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Stimmabgabe bei der letzten Bundestagswahl (in Prozent)

	Ostermarsch Bielefeld	Bevölkerung Bielefeld
<i>Teilgenommen</i>	97,3	76,3
<i>SPD</i>	8,7	30
<i>CDU/CSU</i>	1,4	22,3
<i>Grüne</i>	43,5	21,8
<i>FDP</i>	0	9,7
<i>DIE LINKE</i>	40,6	5,4
<i>AfD</i>	0	6,7
<i>Andere</i>	5,8	4,2
<i>Nicht teilgenommen</i>	2,7	23,7

Auf die Frage, welche Partei sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, nennt eine überdeutliche Mehrheit Bündnis 90/Die Grünen (43,5 %), die Linke (40,6 %) oder die SPD (8,7 %). Der Anteil der konservativen Wähler*innen ist demgegenüber mit 1,4 Prozent der Stimmen für die CDU/CSU sehr gering; keiner der Befragten hat der FDP oder der AfD ihre Stimme gegeben. Auffällig ist zudem die mit 97,3 Prozent sehr hohe Wahlbeteiligung. Das Wahlverhalten der Ostermarschierenden unterscheidet sich damit von der übrigen Bevölkerung Bielefelds, wo linke Parteien zwar ebenfalls auf eine Mehrheit der Stimmen kommen; die Stimmverteilung auf die Parteien unterscheidet sich jedoch deutlich, mit der SPD als stärkste Kraft, gefolgt von der CDU/CSU (22,3 %) und Bündnis 90/Die Grünen (21,8 %). Die Linke kam demgegenüber nur auf 5,4 Prozent bei den letzten Bielefelder Wahlen.

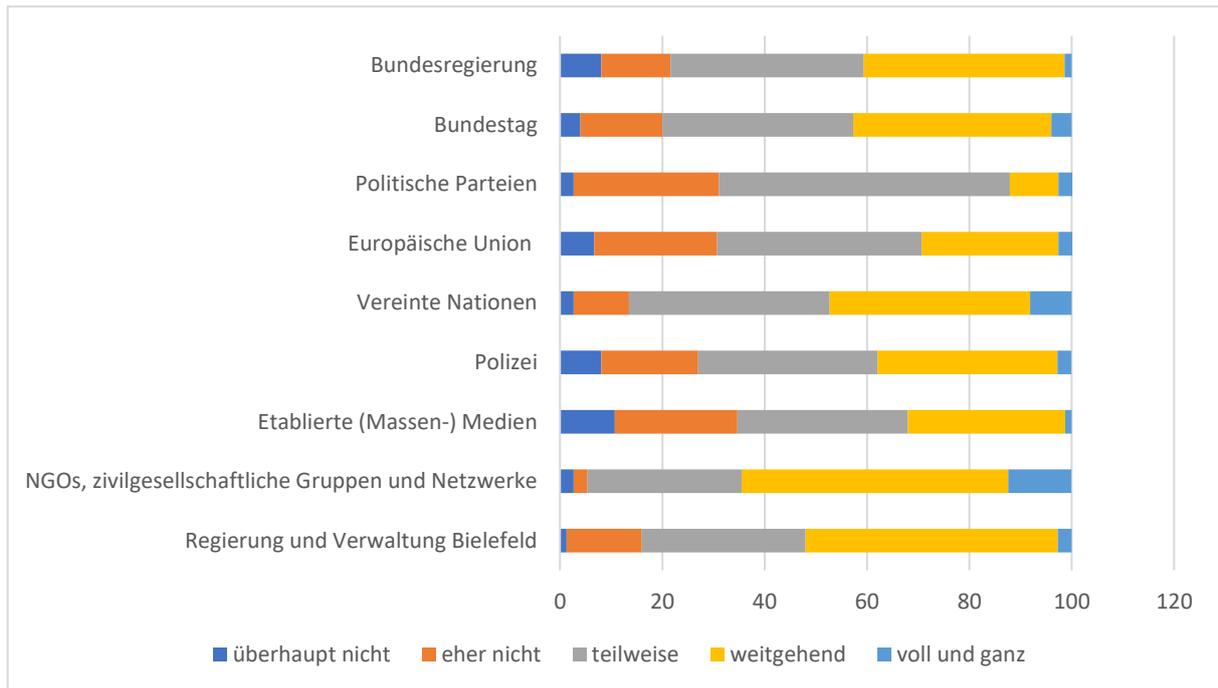
Bei der Vertrauensfrage werden die Befragten gebeten, politische und gesellschaftliche Institutionen auf einer Skala von 1 (volles Vertrauen) bis 5 (kein Vertrauen) zu bewerten (siehe Abbildung 4). Das größte Vertrauen bringen die Befragten

zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entgegen. Eine große Mehrheit (64,4 %) gibt an, Vertrauen in NGOs und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen zu haben. Auch die Regierung und Verwaltung in Bielefeld und die Vereinten Nationen genießen mit jeweils 52 Prozent und 47,3 Prozent hohes Vertrauen. Das geringste Vertrauen bringen die Befragten den Medien, den Politische Parteien und der Europäischen Union entgegen: Jeweils 34,7 Prozent, 31,2 Prozent und 30,7 Prozent geben an kein Vertrauen in die Medien, die Parteien und die EU zu haben. Die Bundesregierung, der Bundestag und die Polizei rangieren zwischen hohen und niedrigen Vertrauenswerten, wobei jedoch auch bei diesen Institutionen der Anteil derjenigen, der angibt Vertrauen zu haben, größer ausfällt. So geben 40,6 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Bundesregierung zu haben, und nur 21,6 äußern Misstrauen. Ähnliche Werte ergeben sich für den Bundestag, dem 42,7 Prozent vertrauen und nur 20 Prozent misstrauen.

Damit liegen die von den Ostermarschierenden geäußerten Vertrauenswerte in die Regierung und das Parlament deutlich über den Werten aller früherer Demonstrationsbefragungen. So gaben nur 21,5 Prozent der Teilnehmer*innen der „Wir haben es satt“ Demonstration an, der Bundesregierung zu vertrauen, und dies ist der höchste Wert in allen bisher vom Institut für Protestforschung durchgeführten Demonstrationsbefragungen (Daphi et al. 2021). Dies gilt auch für den Bundestag: Während 42,7 Prozent der Ostermarschierenden dem Parlament vertrauen, sind es bei früheren Befragungen weniger als ein Viertel, selbst in den Fällen, in denen die Werte eher höher waren. Abschließend zeigt sich das hohe politische Vertrauen der Ostermarschierenden auch im Vergleich mit der thematisch verwandten Demonstration gegen den Irakkrieg 2003: Nur 13,6 Prozent der TeilnehmerInnen äußerten Vertrauen in die Bundesregierung und 12,5 Prozent in den Bundestag (Rucht 2003).

Die Demonstrierenden wurden zudem gebeten, ihre Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie anzugeben. Unterschieden wurde dabei zwischen der Demokratie als Idee, der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist und der Demokratie, wie sie tatsächlich in Deutschland funktioniert (siehe Tabelle 4).

Abbildung 4: Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen (in Prozent)



Ähnlich wie bei vorherigen Demonstrationsbefragungen sowie repräsentativen Bevölkerungsumfragen fällt auf, dass die Zustimmung zur Idee der Demokratie (44% sehr zufrieden/40% eher zufrieden) sowie deren Konstituierung in der Verfassung (16% sehr zufrieden/57,3% eher zufrieden) hoch ausfällt, während die Zufriedenheit mit der real funktionierenden Demokratie in Deutschland deutlich niedriger ist (5,3% sehr zufrieden/29,3% eher zufrieden). Dennoch zeigt sich auch hier, dass die Beurteilung wie die Demokratie in Deutschland funktioniert bei den Ostermarschierenden im Vergleich zu früheren Befragungen positiver ausfällt (Daphi et al. 2021).

Kritischer äußern sich die Ostermarschierenden gegenüber der Demokratie, wenn es um die Bewertung von Politiker*innen geht. Der Aussage „Die meisten PolitikerInnen machen eine Menge Versprechungen, aber tun dann nichts“ stimmen 35,4% zu und fast die Hälfte der Befragten (48,6%) gibt an teilweise dieser Meinung zu sein. Eher niedrig fällt auch die Einschätzung der Befragten zur politischen Wirksamkeit aus. So ist nur etwas mehr als ein Fünftel der Befragten – 21,6 Prozent – der Meinung, dass sie mit ihrem Engagement die Politik in Deutschland beeinflussen können, 45,9 Prozent geben an, dass dies teilweise möglich ist und 45,9 Prozent schätzen die Möglichkeit

Tabelle 4: Zufriedenheit mit Demokratie (in Prozent)

	sehr zufrieden	eher zufrieden	teils / teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie... (...als Idee im Allgemeinen?)	44	40	2,7	10,7	2,7
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie... (...wie sie in der Verfassung in Ihrem Land festgelegt ist?)	16	57,3	13,3	9,3	4
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie... (...wie sie in Ihrem Land funktioniert?)	5,3	29,3	30,7	20	14,7

Tabelle 5: Zufriedenheit mit Demokratie (in Prozent)

	voll und ganz	überwiegend	teils / teils	eher nicht	überhaupt nicht
Die meisten PolitikerInnen machen eine Menge Versprechungen, aber tun dann nichts.	9,5	25,7	48,6	13,5	2,7
Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen	13,5	8,1	45,9	13,5	32,4
Wenn sich BürgerInnen zusammenschließen, können Sie eine Menge Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen	4,1	20,3	24,3	4,1	51,4

als gering ein. Damit liegen die Ostermarschierenden deutlich unter den Werten von anderen befragten Demonstrationen, insbesondere den „Wir haben es satt“, den Fridays for Future oder den G20-Demonstrant*innen. Letztere sind jeweils zu 65,7 Prozent, 51 Prozent und 40 Prozent der Meinung, die Politik beeinflussen zu können. In Bezug auf das Gefühl politischer Machtlosigkeit ähneln die Ostermarschierenden mehr den Teilnehmenden der Montagsmahnwachen im Kontext der Ukraine Krise 2014, die ebenfalls nur zu einem Viertel an die Wirkung ihres politischen Engagements glaubte. Noch kritischer fällt die Einschätzung der kollektiven Wirksamkeit aus: Mehr als die Hälfte (51,4%) der Befragten stimmen der Aussage „Wenn sich Bürger*innen zusammenschließen, können Sie eine Menge Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“ überhaupt nicht zu.

Die Kombination von hohem politischem Vertrauen und geringer subjektiver Wirksamkeit ist ein für Protestierende ungewöhnlicher Mix an politischen Einstellungen, spricht doch insbesondere eine geringe politische Wirksamkeit eher für politische Demobilisierung als für politisches Engagement (Christensen 2016). In Bezug auf die Ostermarschierenden bleibt jedoch zu fragen, ob es sich bei der geäußerten politischen Machtlosigkeit, eher um eine situative Einschätzung als um eine generelle Einstellung handelt. Und zwar deswegen, weil sich die Ostermarschierenden durchaus bewusst sind, dass sie mit ihren Forderungen und Ansichten dem aktuellen politischen

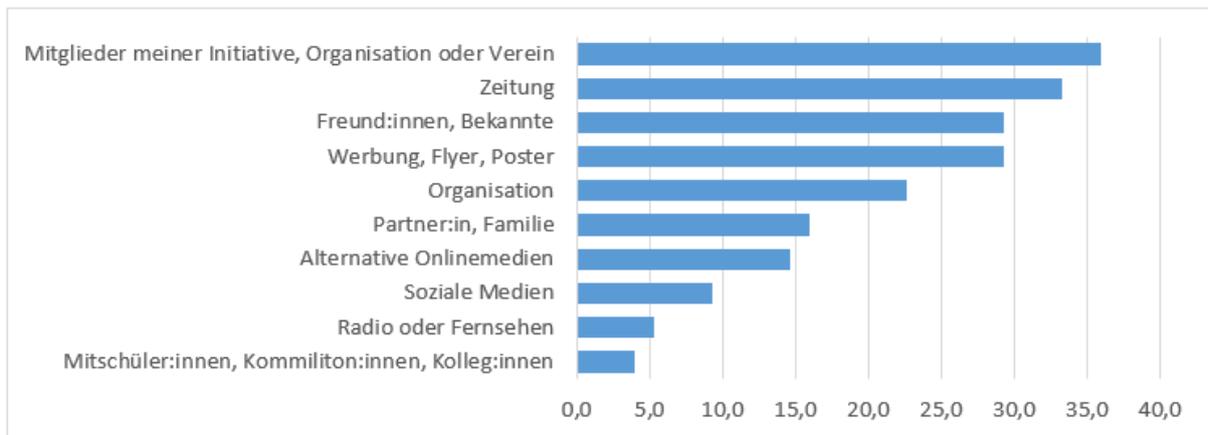
Mainstream teils deutlich widersprechen und darum nur wenig Hoffnung sehen, dass die Ostermärsche momentan in der Politik Gehör finden.

Zusammenfassend hat die Analyse gezeigt, dass sich die Ostermarschierenden sehr deutlich im linken politischen Spektrum verorten; auffällig ist zudem der hohe Prozentsatz derjenigen, welche bei der letzten Bundestagswahl die Linke gewählt haben. Das Vertrauen der Befragten in gesellschaftliche und politische Institutionen fällt sehr hoch aus. Auffällig ist insbesondere, dass die Ostermarschierenden sowohl der Regierung als auch dem Parlament weit mehr vertrauen als Demonstrierende in früheren Befragungen. Demgegenüber äußert jedoch ein Großteil der Ostermarschierenden ein Gefühl individueller und kollektiver politischer Machtlosigkeit.

Mobilisierung und Politisches Engagement

Wie haben die Teilnehmenden am Bielefelder Ostermarsch von der Demonstration erfahren? Andere Mitglieder einer Initiative bzw. Organisation, in der die Befragten aktiv sind (35,4%) und (Tages-)Zeitungen (34,2%) rangieren hier ganz vorne, dicht gefolgt von Freund*innen oder Bekannten (30,3%) sowie Flyern und Postern (28,9). Eine wichtige Informationsquelle waren zudem Newsletter oder Mailinglisten von Organisa-

Abbildung 5: Informationsquellen (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



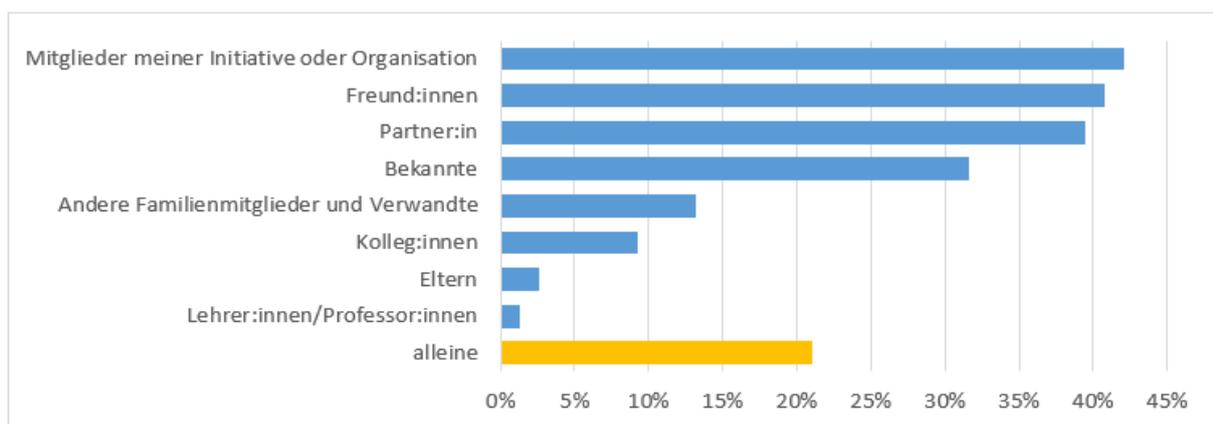
tionen (22,4%). Die vergleichsweise große Bedeutung von Organisationen und Organisationsmitgliedern als Informationsquellen korrespondiert damit, dass mehr als zwei Drittel der Befragten angegeben hat, aktive Mitglieder in Organisationen, Initiativen oder Vereinen zu sein, wobei Friedensorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Nachbarschaftsorganisationen am häufigsten genannt werden. Damit war der Bielefelder Ostermarsch 2022 deutlich stärker von Menschen mit aktiver Organisationsmitgliedschaft geprägt als das bei anderen Friedensdemonstrationen der Fall war, die wir befragt haben. Bei der großen Demonstration gegen den Irakkrieg im Februar 2003 gaben beispielsweise weniger als 15 Prozent der Befragten an, aktives Organisationsmitglied zu sein (Diani 2010: 209).

Es handelt sich bei der überwiegenden Mehrheit der Bielefelder Demonstrierenden zudem um Menschen mit sehr viel Demonstrationserfahrung. Über 60 Prozent haben angegeben, in ihrem

Leben bereits an mehr als 20 Demonstrationen teilgenommen zu haben und fast 88 Prozent hatten auch in den letzten 12 Monaten bereits an anderen Demonstrationen teilgenommen. Für niemanden war der Ostermarsch die erste Demonstration überhaupt. Zudem hat die große Mehrheit der Befragten (74%) bereits an drei oder mehr Ostermärschen teilgenommen, knapp 30 Prozent sogar bereits an mehr als zehn Ostermärschen. Hier bestätigt sich die bereits in der Diskussion um die Motivation der Teilnehmer*innen angesprochene langjährige Einbindung eines Großteils der Befragten in die Ostermarschbewegung. Allerdings geben auch knapp 20 Prozent der Befragten an, dass die Demonstration in Bielefeld der erste Ostermarsch ist, an dem sie teilgenommen haben. Offenbar hat hier die Aktualität des Themas Frieden doch auch einige Menschen für den Ostermarsch mobilisiert, die sonst eher bei anderen Themen aktiv sind.

Rund ein Fünftel der Demonstrierenden (21%)

Abbildung 6: Teilnahme am Ostermarsch mit ... (Mehrfachnennungen möglich)



ist alleine zu der Demonstration gekommen. Diejenigen, die mit anderen zusammen zu der Demonstration gegangen sind, waren dort in erster Linie zusammen mit anderen Mitgliedern der eigenen Organisation, Freund*innen, Partner*innen und Bekannten. Etwa zwei Drittel der Befragten hat auch aktiv andere Menschen – wiederum vor allem aus diesen vier Personengruppen – angesprochen und versucht zur Teilnahme am Ostermarsch zu bewegen. Und in über 70 Prozent der Fälle war diese Mobilisierung auch von Erfolg gekrönt – ein Hinweis darauf, wie wichtig neben Organisationen vor allem persönliche Netzwerke für die Mobilisierung zum Bielefelder Ostermarsch 2022 waren.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Ostermarschierenden politisch sehr aktiv und ausgesprochen protest erfahren sind. Zudem hat ein Großteil der Befragten bereits zuvor an mehreren Ostermärschen teilgenommen.

Fazit

Durch die Befragung der Teilnehmenden am Ostermarsch in Bielefeld konnten wir einen detaillierten Einblick in die Motivationen, soziodemographischen Charakteristika und politischen Einstellungen der Ostermarschierenden gewinnen. Dabei haben sich die folgenden zentralen Erkenntnisse herauskristallisiert:

- Der aktuelle Krieg in der Ukraine stellt für die meisten nicht die Hauptmotivation der Befragten dar, sich an dem Ostermarsch zu beteiligen. Er hatte jedoch dennoch einen mobilisierenden Effekt: Viele der Ostermarschierenden sahen es vor dem Hintergrund des Krieges und der Reaktionen westlicher Staaten darauf als besonders wichtig an, an den Ostermärschen teilzunehmen, und auf die Bedeutung von Kernthemen der Friedensbewegung hinzuweisen. Letztere finden gemäß den Befragten in der öffentlichen Debatte zu wenig Beachtung und/oder werden durch die aktuelle Politik in Frage gestellt und bedürfen darum der öffentlichen Bekräftigung.
- Der Anteil der älteren Teilnehmer*innen fällt beim Bielefelder Ostermarsch sehr hoch aus. Dies zeigt sich insbesondere in Bezug auf die über 64-Jährigen, die beim Ostermarsch

deutlich stärker vertreten waren als bei vorherigen Protestbefragungen. Gleichzeitig ist der Anteil jüngerer Teilnehmer*innen sehr gering. Dies deutet auf die Schwäche der Ostermarschbewegung hin, eine neue, jüngere Generation von Aktivist*innen zu mobilisieren. Auffällig ist auch das sehr hohe Bildungsniveau der Ostermarschierenden, das deutlich über dem der Gesamtbevölkerung liegt sowie über dem anderer Demonstrationen.

- Die Ostermarschierenden positionieren sich sehr deutlich im linken politischen Spektrum. Zudem fällt der hohe Anteil an Wähler*innen auf, welche der Linken bei der letzten Bundestagswahl ihre Stimme gegeben hat.
- Der Großteil der Ostermarschierenden ist sehr protest erfahren und hat bereits zuvor mehrmals an Ostermärschen teilgenommen. Zudem ist der Einbindungsgrad in Organisationen und Vereine, wie insbesondere Friedensorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Nachbarschaftsorganisationen, sehr hoch. Letztere spielten auch eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung.
- Das Vertrauen der Ostermarschierenden in politische und zivilgesellschaftliche Institutionen ist hoch. Dabei ist insbesondere auffällig, dass die Ostermarschierenden der Bundesregierung und dem Parlament deutlich mehr Vertrauen entgegenbringen, als Demonstrant*innen in früheren Befragungen. Interessanterweise geht das hohe Vertrauen in politische Institutionen jedoch nicht mit einer positiven Einschätzung der persönlichen und kollektiven Einflussmöglichkeiten einher. Mit der Paarung von hohem politischem Vertrauen und geringer subjektiver Wirksamkeit finden wir bei den Ostermarschier*innen eine ungewöhnliche Kombination von politischen Einstellungen, welche gemäß der bisherigen Forschung bei Protestierenden selten vorkommt. Gehen doch gerade niedrige Wirksamkeitswerte eher mit geringem politischem Engagement einher, was auf die Ostermarschierenden nicht zutrifft. Es ist darum wahrscheinlicher, dass das Gefühl politischer Machtlosigkeit bei den Ostermarschierenden eher situativ zu erklären ist, d.h. sich aus der Tatsache speist, dass die Befragten sich bewusst sind, dass ihre Forderungen in der Politik

momentan auf kein Gehör stoßen, und die Ostermarschierenden ihre aktuelle politische Wirksamkeit darum als gering einschätzen.

Insgesamt lässt sich auf Basis der Umfrage feststellen, dass es sich bei den Ostermarschierenden mehrheitlich um Individuen handelt, welche sich seit Jahren oder Jahrzehnten in der Friedensbewegung engagieren und für welche die ablehnende Haltung gegenüber Abrüstung und Waffenlieferungen identitätsstiftend ist. Der aktuelle Krieg in der Ukraine hat nicht zu einer Infragestellung dieser Überzeugungen geführt, sondern – im Gegenteil – letztere noch bekräftigt.

Auffällig ist zudem, dass keine Protestneulinge, das heißt Personen, welche noch nie an einem Protest teilgenommen haben, für den diesjährigen Ostermarsch gewonnen werden konnten. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, haben doch frühere Protestumfragen gezeigt, dass sich bei den meisten Protesten eine gewisse Anzahl von Erstprotestierenden findet – bei den Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003 waren es 22 Prozent (Daphi et al 2021). Zudem überrascht die Absenz von Protestneulingen gerade auch vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges in der Ukraine und der breiten gesellschaftlichen Empörung darüber. Wie bereits im Vorwort angesprochen, führen „moralische Schockerlebnisse“ oft zur Mobilisierung von Protestneulingen (Jasper and Poulsen 1995). Im Gegensatz dazu, deuten unsere Daten daraufhin, dass die Ostermärsche für Protestneulinge eher abschreckend denn mobilisierend gewirkt haben (vgl. Meier und Daphi 2022). Dies liegt sicherlich teilweise an der ablehnenden Haltung der Ostermärsche gegenüber Waffenlieferungen und deren ambivalenten Positionierung gegenüber Russland. Hinzu kam die kritische Medienberichterstattung im Vorfeld der Osterfeiertage, welche das Mobilisierungspotential der Ostermärsche weiter gemindert haben dürfte.

Gleichzeitig kann nicht gesagt werden, dass der Bielefelder Marsch überhaupt keine neuen Teilnehmenden mobilisieren konnte. Immerhin ein Fünftel der Befragten nahmen, wie dargestellt wurde, zum ersten Mal an einem Ostermarsch teil. Dies deutet auf eine gewisse Mobilisierungswirkung des aktuellen Krieges in der Ukraine hin, jedoch nicht in Bezug auf Protestneulinge, sondern in Bezug auf Individuen, die bereits in

anderen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv sind sowie regelmäßig an Demonstrationen teilnehmen und sich in diesem Jahr entschlossen haben, sich auch am Ostermarsch zu beteiligen.

Was bedeutet dies nun für die Zukunft der Ostermarschbewegung? Erstmal kann erwartet werden, dass sich die langjährigen Teilnehmenden an den Ostermärschen auch in den kommenden Jahren weiter beteiligen werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine Mobilisierung über diesen doch eher kleinen Kern der überzeugten Friedensaktivist*innen hinaus gelingen kann. Dafür müssten jüngere Generationen für friedenspolitische Themen langfristig gewonnen werden. Dies wiederum kann auch vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges nur dann erfolgreich sein, wenn die Friedensbewegung ihre Narrative, Mobilisierungsstrukturen und Aktionsrepertoires „modernisiert“.

Damit ist keineswegs eine Übernahme der dominanten gesellschaftlichen und/oder politischen Forderungen und Haltungen gemeint, sondern die Erarbeitung einer friedenspolitischen Agenda, welche die politische und gesellschaftliche Militarisierung ablehnt und auf die Schaffung friedenserhaltender Strukturen drängt, dabei aber Ambivalenzen zulässt, öffentliche Debatten aufgreift und existierende Dilemmata thematisiert. Gerade durch letzteres – das Aufzeigen und Diskutieren von Dilemmata in der Außen- und Sicherheitspolitik – sowie die Organisation von zivilgesellschaftlichen Aktionen mit Bezug auf außenpolitische Themen könnte und sollte die Friedensbewegung eine alternative gesellschaftliche Position anbieten, welche gerade jüngere Menschen ansprechen und für friedens- und sicherheitspolitische Themen mobilisieren könnte.

Literatur

- Aelst, Peter/Walgrave, Stefan. 2001. "Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalisation of protest to the Normalisation of the Protester". *European Journal of Political Research*, 39(4): 461-486.
- Buro, Andreas. 1977. Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: *Friedensanalyse 4. Für Theorie und Praxis*, Frankfurt am Main.
- Butterwegge, Christoph. 1990. 30 Jahre Ostermarsch, Ein Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ein Stück Bremer Stadtgeschichte, Bremen, Steinstor Verlag
- Christensen, Henrik Serup. 2016. "All the Same? Examining the Link between Three Kinds of Political Dissatisfaction and Protest," *Comparative European Politics* 14 (6): 781–801.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021) *Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations*, German Politics.
- Diani, M. 2010. "Promoting the Protest. The Organizational Embeddedness of the Demonstrators." In: *The World Says No to War: Demonstrations Against the War on Iraq*; Walgrave, S., Rucht, D., Eds.; U of Minnesota Press: Minneapolis, MN, 2010; pp 194–214.
- Gassert, Philipp. 2018. *Bewegte Gesellschaft: Deutsche Protestgeschichte Seit 1945*. 1. Auflage. *Zeitgeschichte Aktuell*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Jasper, James M./Jane D. Poulsen. 1995. "Recruiting Strangers and Friends: Moral Shocks and Social Networks in Animal Rights and Anti-Nuclear Protests." *Social Problems* 42 (4): 493–512.
- Meier, Larissa/Priska Daphi. 2022. "Friedensbewegung Und Krieg: Warum Konnte Die Ostermarschbewegung Kaum von Der Öffentlichen Empörung Über Den Russischen Angriffskrieg Auf Die Ukraine Profitieren?" *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35 (4): 580–95.
- Nehring, Holger. 2021. „15. April 1960: Aufbruch zum ersten Ostermarsch“. In: Langebach, Martin, ed. 2021. *Protest: Deutschland 1949-2020*. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung: 158-163.
- Sommer, Moritz/Steinhilper, Elias und Zajak, Sabrina. 2021. *Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel*. In: Langebach, Martin, ed. 2021. *Protest: Deutschland 1949-2020*. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung: 44-63.
- Rucht, Dieter. 2003. "Die Friedensdemonstranten – Wer sind sie, wofür stehen sie?" *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, vol. 16, no. 2, pp. 10-13.
- Stekelenburg, Jacquélien van/Stefaan Walgrave, Bert Klandermans, and Joris Verhulst. 2012. "Contextualizing Contestation: Framework, Design, and Data." *Mobilization: An International Quarterly* 17 (3): 249–62.
- Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc 2011. "Shifting inequalities: Patterns of exclusion and inclusion in emerging forms of political participation." *European Societies*, 13(1): 119-142.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate. 2020/2021. *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



Die Letzte Generation: Beschreibung und Kritik

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: April 2023 (1/2023)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/die-letzte-generation-beschreibung-und-kritik/>



Rechte Proteste erforschen: Erfahrungen und Reflexionen aus der qualitativen und quantitativen Forschung

Autor*innen: Aletta Diefenbach, Philipp Knopp, Piotr Kocyba und Sebastian Sommer

Veröffentlicht: Dezember 2021 (4/2021)

https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2022/08/ipb-wp-2021.3_Rechte-Proteste-erforschen.pdf



Deutschlands Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Eine Befragung von Vereinen und Initiativen

Autor*innen: Swen Hutter, Simon Teune, Priska Daphi, Ana-Maria Nikolas, Charlotte Röbler-Prokhorenko, Moritz Sommer, Elias Steinhilper, Sabrina Zajak

Veröffentlicht: Juli 2021 (3/2021)

https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/07/ipb-WP-Hutter-et-al_Corona.pdf

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>